

JAN FOITZIK (BERLIN)

Amnesiediskurs in Polen

Olschowsky, Burkhard: *Einvernehmen und Konflikt. Das Verhältnis zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen in den Jahren 1980 bis 1989 (Unveröffentlichte Dissertation)*, Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin 2002, 490 S.

Anti-Totalitarismus. Eine polnische Debatte. Hrsg. von Paweł Śpiewak. (= Denken und Wissen – eine polnische Bibliothek), Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag 2003, 606 S., ISBN 3-518-41484-4

Garlicki, Andrzej: *Karuzela. Rzecz o Okragłym Stole [Das Karussell. Die Sache mit dem Runden Tisch]*, 2. Aufl. Warschau: SW »Czytelnik« 2004, 374 S., ISBN 83-07-02967-8

Garlicki, Andrzej: *Rycerze Okragłego stolu [Die Ritter vom Runden Tisch]*, Warschau: SW »Czytelnik« 2004, 249 S., ISBN 83-07-02970-8

Die Katholische Kirche in Polen (1945–1989). Eine Quellenedition. Herausgegeben und übersetzt von Bernhard Wiaderny, Berlin: Verlag für Wissenschaft und Forschung 2004, 276 S., 3-89700-074-1

Die allgemeine Klage, dass deutsche Dissertationen immer länger werden, ignoriert zumindest eine der Ursachen dieser beklagenswerten Erscheinung: die akademischen Traditionen, deren Missachtung nicht immer straffrei bleibt. So muss sich der Leser zunächst selbst motivieren, um über die einleitenden Texte dieser gewichtigen Arbeit zu kommen, denn erst beim Lesen der thematischen Abschnitte realisiert er, dass nicht zuletzt auch Unförmigkeit wie Fragilität des empirischen Quellenmaterials dem Verfasser ganz besondere Sorgfaltspflichten bei Darstellung und Argumentation aufzwingen. Insoweit verdient die Arbeit auch aus methodologischer Sicht unbedingt Interesse.

Olschowsky thematisiert in seiner bislang unveröffentlichten Dissertation *Einvernehmen und Konflikt* auf sehr breiter Quellengrundlage mit einer ebenso »breiten Fragestellung« (S. 450) in sechs chronologisch gegliederten Abschnitten, die in sich recht detailliert nach systematischen Gesichtspunkten unterteilt sind,

auf umfassende wie minutiöse Weise die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der DDR und Polen in den 1980er Jahren. Angestrebt und auch erzielt wird dabei nicht nur ein Vergleich der politischen und gesellschaftlich-kulturellen Systeme, sondern zugleich eine Verankerung der in ihnen ablaufenden Veränderungsprozesse im Kontext insbesondere der deutsch-deutschen Beziehungen, die eine besondere Fokussierung erfährt, aber auch im Rahmen der internen und externen Politik des Ostblocks. Im Resümee reduziert er das Fazit »nur mit Mühe auf einige Facetten« (S. 450).

Die Linienführung wirkt konventionell: Die Landesunterschiede zeigen sich in den Prozessen der innergesellschaftlichen Interaktion und nationalkulturellen Selbstbestimmung, ihrer Fokussierung auf individuelle Selbstbehauptung in der DDR und kollektive Selbstfindung in Polen. Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) verzichtete ab 1980 auf ideologische Postulate und ging zu einer »operativen Ideologie« (S. 453) über, während die SED in Immobilität verharrete. Dies habe einen institutionellen Wandel der PVAP zu einer »autoritären« Partei ausgelöst, wohingegen die SED eine »totalitäre« Partei blieb (S. 458 u. 460). Trotz äußerer Ähnlichkeit des politischen Systems in beiden Ländern beschränkte der Unmut der Beherrschten in der DDR das »kulturelle Gedächtnis« des obrigkeitstaatlichen Denkens, dessen als »preußisch« apostrophierte Traditionslinien mindestens bis 1945 zurückgezeichnet werden und das durch die »Preußen-Renaissance« der 1980er Jahre in der DDR und in Westdeutschland stimuliert wurde. Untertänigkeit war der Preis der DDR-Gesellschaft für obrigkeitstaatliche Fürsorge, immer in Konfrontation mit der »permanenten Vergleichsgesellschaft in Gestalt der Bundesrepublik«. (Die systemtranszendierende Wirkung dieses Vergleichs blieb außer acht.)

Die Argumentation ist im Grundsatz nicht falsch, doch spiegelt sie auch die starke Konzentration auf die Fragestellung und die reduzierte Aussagekraft der vorwiegend benutzten (osteuropäischen) »amtlich zugelassen« und (westeuropäischen) »zugänglichen« Quellen wieder: Anders als die polnische Tagespublizistik wurde und wird etwa in der polnischen Historiographie der indirekte preußische Beitrag zur polnische Staatsrestitution 1918 bei weitem nicht nur schwarz-weiß gezeichnet. Was Westdeutschland angeht, so schwappte nach der »Preußen-Ausstellung« eine ganze Geschichtswelle über die »föderalistische Kulturlandschaft« (Staufer-, Salier-Ausstellungen usw.), die den falschen Eindruck über die historische Selbstfindung der »sächsischen« Stämme zu korrigieren versuchte. Auch die DDR überschwemmten damals lokal- und regionalhistorische Studien, die zwar die selektive polnische Wahrnehmung nicht unmittelbar korrigieren, aber deren objektiven Inhalt zumindest relativieren. Gestelzt wirkt an mancher Stelle auch der Erklärungswert des Nationalsozialismus und seiner Nachwirkungen: Dass beispielsweise Ausbürgerungen zur Praxis des Dritten Reiches gehörten, ist zwar unter Historikern bekannt. Unbewiesen ist aber, dass dies auch Honecker

wusste, als 1976 Biermann aus der DDR ausgewiesen wurde (S. 12). Mit relativer Sicherheit ist nur davon auszugehen, dass der Staatsrats- und Parteivorsitzende 1974 von der Ausbürgerung Solschyzins erfahren hatte. Bände hingegen spricht eine einzige »illegale« polnische Graffiti-Zeichnung aus der Zeit des Kriegsrechts: Ein schlichter Mercedes-Stern mit der Unterschrift: »Nur für Deutsche!«. Der ideologisierte polnische Nationalkollektivismus ist auch nur eine Sammelbezeichnung für individuelles Emanzipationsstreben in seiner historisch konkreten sozialen Organisationsform. In historischer Perspektive wäre zu beachten, dass sich in Deutschland schon in der Weimarer Republik eine andere kommunistische Tradition herauskristallisierte als in Polen nach 1945: Die »sozialdemokratische Latenz« der ostmitteleuropäischen kommunistischen Parteien, ihre »eurokommunistische« Anfälligkeit, spiegelte in den 1980er Jahren nicht nur (verdeckte) Taktik gegenüber der Sozialdemokratie im Westen, sondern hatte auch tiefere strukturelle Ursachen.

Eine Klarstellung erscheint im Zusammenhang mit den stellenweise sehr kritischen (und berechtigten) Kommentaren über die Wahrnehmung der polnischen Entwicklung durch die »linksliberale« westdeutsche Presse sinnvoll. Die Tatsache, dass die Bundesregierung Mittel und Wege fand, vermutlich mehrere Hundert *Solidarność*-Aktivisten vor der Internierung zu retten, indem sie sie als Stipendiaten an deutschen Universitäten untergebracht hat, wird nicht dokumentiert. Vermutlich fehlen hierüber schriftliche Quellenbelege. Das wäre aber nur verständlich. Überhaupt bleiben noch Teile des »außenpolitischen Spiels« in der Grauzone. Notwendig erscheint diese Ergänzung schon deshalb, weil auch die Erben der DDR-Opposition an der Legende zu stricken anfangen, »der Westen« hätte die »vierte deutsche Schuld« auf sich geladen, als er die Oppositionsbewegungen in Osteuropa nicht unterstützt hätte. Der Verfasser vermerkt zwar, dass erst im Januar 1990 eine erste gemeinsame Erklärung der polnischen und der DDR-Opposition entstand, doch leider geht er nicht darauf ein, dass weder die polnische noch die DDR-Opposition in den 1980er Jahren auf die Idee kam, dass eine Veränderung des politischen Status quo eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten möglich, ja sogar notwendig machen könnte. Aus DDR-deutscher Sicht wurde diese Frage schon damals klar beantwortet: absolut obsolet wegen der »historischen deutschen Schuld«. Aufschlussreich wäre eine Erklärung für die polnische Opposition, denn diese »Planungsschwäche« hatte zunächst verheerende Folgen auf ihre Stimmungen in der letzten Phase der »Wende« und den ersten Jahren danach.

Dies soll aber nicht als Kritik an diesem stellenweise vielleicht quellenübersättigten Werk verstanden werden, auf das man wegen der vielen empirischen wie methodischen Details in seiner Druckfassung bestimmt gern zurückgreifen wird.¹

¹ Angekündigt vom fibre-Verlag für August 2005. Olschowksy, Burkhard: Einvernehmen und Konflikt. Das Verhältnis der DDR und der Volksrepublik Polen 1980–1989 (= Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband e. V., Bd. 7), Osnabrück 2005.

Sinnvoll wäre es allerdings gewesen, die handelnden Akteure mit einer knappen Kurzbiographie vorzustellen. Einer besseren Orientierung hätten an einigen Stellen ein paar »harte Zahlen« zur sozialen Lage nicht geschadet.

Andrzej Garlicki, Lehrstuhlinhaber an der Geschichtsfakultät der Warschauer Universität, konzentriert sich in seinem Buch *Karuzela. Rzecz o Okraglym Stole* (Das Karussell. Die Sache mit dem Runden Tisch) auf den Zeitraum von 1986 bis 1989. Ihn interessieren in erster Linie die Prozesse der im Bewusstsein der verhandelnden Eliten der Regierung und der Opposition stattfindenden Aneignung der »Verhandlungskultur«, die im Endergebnis, ohne beabsichtigt zu sein, zu einer Überwindung des politischen Systems führte.

Die Spitzenverhandlungen zwischen Vertretern des Staates, der Opposition und des Episkopats, zunächst informell über eine Amnestie für politische Häftlinge und die Beendigung des Kriegsrechts, dann auf der gemeinsamen Suche nach einer polnischen Form des Pluralismus als einem »historischen Kompromiss«, vollzogen sich vor dem Hintergrund einer katastrophalen ökonomischen Lage in einer Atmosphäre des nicht vollständig kontrollierbaren Drucks von unten. Sie wurden begleitet von politischer Rücksichtnahme auf Prozesse in der UdSSR unter Gorbatschow und von Einflussnahmen aus dem Westen. Jaruzelskis Idee, 1988 mit Hilfe eines »Runden Tisches« den Versuch zu wagen, die *Solidarność* durch Legalisierung von ihrem Oppositionsmonopol zu verdrängen, misslang und endete mit einem Patt. Zwar versuchte noch die Regierung Rakowski, gegen die *Solidarność* vorzugehen, doch 1989 veränderte sich die Konzeption des Runden Tisches: Der Wahlsieg der Opposition fiel derart hoch aus, dass er alle Verhandlungsabsprachen über politischen Pluralismus sprengte. Am Ende wurden die Absprachen des Runden Tisches dennoch erfüllt, als Wojciech Jaruzelski zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Die Ernennung Mazowieckis zum Ministerpräsidenten ging aber schon über die Verhandlungsergebnisse des Runden Tisches hinaus. Die Wahlergebnisse ließen keinen anderen Ausweg offen.

Die auf breiter Quellenbasis vorgestellten Mechanismen und Faktoren der Eskalationsautomatik, die einerseits durch die »Kultur des Vertrauens und Verbindlichkeit« gebremst und andererseits durch die spontane plebiszitäre Bewegung stimuliert wurde, gewähren interessante Einblicke. Vorgestellt werden Details der Verhandlungsführung, der Strategie-Planungen im Staats- und Parteiapparat, Verständigungskonzepte der heterogenen Opposition wie einzelne – geplante wie spontane – Schachzüge ihrer Vertreter. Mit Süffisanz berichtet der Autor, dass die Wahl Jaruzelskis zum Staatspräsidenten letztlich von den USA auf den Runden Tisch gelegt wurde, und dass der westdeutsche Bundespräsident den polnischen Ministerpräsidenten Rakowski aus Rücksicht auf Gorbatschow an Zurückhaltung und Mäßigung erinnerte. Nebenbei war auch Geschichtspolitik Verhandlungsthema, und in einem Punkt wurde hierbei die Opposition über den Runden Tisch gezogen, als sie von Vertretern des »Staates und der Partei« mit Erfolg dazu bewegt

wurde, die Ermordung der polnischen Offiziere in Katyn 1940 nicht öffentlich zu thematisieren. Mit der unzutreffenden Begründung, dass dies zur Revision des Urteils des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals von 1946 führen könnte. Bekanntlich hatten in Nürnberg die USA eine Anklageerhebung wegen der Katyn-Verbrechen schon damals »wegverhandelt«, weil sie längst wussten, dass sie nicht von den Deutschen begangen wurden. In einem separaten Band stellte Garlicki 27 Biographien der *Rycerze Okraglego stolu* (Ritter vom Runden Tisch) vor; bedient worden sei die Tafelrunde von 600 Personen.

Die von Pawel Śpiwak dokumentierte Debatte über den polnischen Antitotalitarismus stellt in sechs thematischen Abschnitten 35 Texte von 30 Autoren vor. Sie bietet Selbstauskunft, Reflexion, Analyse aus vier Jahrzehnten. Die meisten Texte stammen aus der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, die jüngsten aus dem Jahr 2002. Ein imposantes Buch: Die spezifisch polnische Tradition der zivilisatorisch-kulturellen Dimension des Anti-Totalitarismus überwältigt den Leser schon auf den ersten Seiten. Klare, für jedermann verständliche Worte und Sprachbilder, statt in Schachtelsätzen umhegte abstrakte akademische Begriffsdefinitionen. Die Texte sind sorgfältig übersetzt und redigiert worden. Und recht schnell fällt auf: Je älter die Texte und damit wohl vom politischen Bewältigungsgezerre ex post unbelasteter, desto kürzer und prägnanter fallen sie aus. Die von Aleksander Wat 1966 veröffentlichten »Neun Bemerkungen zum Porträt von Josef Stalin«, etwa 40 Druckseiten stark, sind an Anschaulichkeit und Klarheit auch heute nicht zu überbieten.

Pawel Śpiwak markiert in der Einleitung die Grundstruktur des »Krieges um das Gedächtnis«, den die aus der Opposition hervorgegangenen Kräfte verloren hätten. Der Kernstreitpunkt der bis heute ungebrochen heftigen polnischen Diskussion lautet: Verlorene Revolution, die gar keine war, sondern nur ein »Umtausch der Parteibücher« (Zdzisław Krasnodębski). Mit punktpräziser Ironie schreibt der Historiker Wojciech Roszkowski klipp und klar über die Heuchler und Pharisäer, die schon seit den 1950er Jahren die geschichtspolitische Entsorgungsmär wiederholen, nie Kommunisten, sondern immer nur Demokraten gewesen zu sein. In einem anderen Beitrag wird die Kollektivverantwortungshypothese beleuchtet, wonach alle mit dem System kollaboriert hätten und nur die Kommunisten echte Demokraten gewesen wären. Die politische Bringschuld der reuigen Sünder bestehe heute darin, es ihnen zu bestätigen. Eine ebenfalls schon 1956 entwickelte Argumentationsfigur. Beachtung verdient auch etwa Bronislaw Wildstein, der in der Vergangenheitsbewältigungspolitik auf den suggerierten Zusammenhang zwischen dem Schutz des Staates und dessen Rechtskontinuität hinweist, was zur Relativierung der Vergangenheit führe und Amnesie zum Staatsziel erklärt. Vergangenheitsaufarbeitung wird als Bedrohung der Demokratie denunziert.

KrasnoŹbski, Professor für polnische Kulturgeschichte an der Universität Bremen, konstatiert nüchtern, dass von der Europäischen Union keine Hilfe zu erwarten ist, weil »der krasse Unterschied in der Behandlung beider Totalitarismen [...] zur politischen und moralischen Paradoxie unserer Zeiten« gehört (S. 561). Lesenswert sind seine Ausführungen schon deshalb, weil er aufschlussreiche Beobachtungen über die deutsche Selbst- und Vergangenheitsbewältigung mitteilt. Zu ergänzen wäre an dieser Stelle, dass die in Polen wie in Deutschland zaghafte Auseinandersetzung mit der Geschichte der kommunistischen Vergangenheit nach 1945 am deutschen Tabu des Vergleichs der beiden modernen Totalitarismen mit Schuld ist. KrasnoŹbski könnte mit seinen Hinweisen neue Zugänge öffnen, denn die entsprechenden Akten sind in den Archiven zugänglich. Stellvertretend wurden hier nur einige Autoren dieses wichtigen Sammelbandes genannt, der nicht nur über die polnische Diskussion zur Vergangenheitspolitik informiert, sondern auch die historischen Sachverhalte unmittelbar thematisiert.

Der einzige Mangel des Buches besteht darin, daß es ein wenig unhandlich ist, um im Schulunterricht benutzt werden zu können. Deshalb sollten Lehrer, einzelne Artikel kopieren und zum Gegenstand schulischer Unterrichtslektüre machen. Etliche Beiträge erscheinen nämlich nicht nur geeignet, einen – auch sprachlich – klaren Zugang zum Kommunismus zu finden, sondern auch den zum Nationalsozialismus zu erleichtern. Ansonsten lässt die Buchausstattung keine Wünsche offen: ein Kalendarium von 1944 bis 2002, ein kommentiertes Abkürzungsverzeichnis, ausführliche Informationen »zu den Autoren und ihren Texten« sowie ein kommentiertes Personenverzeichnis runden den Band ab.

Beachtung wird auch die von Bernard Wiaderny in deutscher Sprache herausgegebene und vorzüglich eingerichtete Quellenedition zur Politik der polnischen katholischen Kirche finden. Allerdings wurde darin ein Dokument vermisst: Das über die »Befreiung vom (fast) halbttausendjährigen preußisch-protestantischen Joch«. In Stein gemeißelt, ist es in Pommern an vielen katholischen Gotteshäusern zu finden und erinnert an die Kirch(um)weihe nach 1945. Anlass genug, um an überlieferungs- und ideologiekritischen Quellenumgang zu erinnern.

